

Der Zeitungs-Arbeiter

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Remise Str. 2/3
Telefon: 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Zustellungsadresse: Zeitungsdruck Berlin

Verzinst sich Ihr nichts — Verzinst alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Schöns, Berlin D 24
Remise Str. 2/3 (Postfach 5383), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Ein tolles Spiel.

Als im Winter 1925/26 die Arbeitslosenziffer die Zwei-millionengrenze streifte, glaubte die amtliche Wirtschaftspolitik den Höhepunkt der Wirtschaftskrise vor sich zu haben. Um der vermeintlichen automatischen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt die Wege zu ebneten, wurde Hals über Kopf das vielversprechende Anturkelungsprogramm ausgearbeitet. Es sah u. a. die Exportkreditversicherung und den Ruffenkredit zur Steigerung der deutschen Warenausfuhr, weiter Zwischenkredite zur Belebung der wichtigsten Schlüsselindustrie, des Baumarktes, vor. Im übrigen wurden recht hohe Summen für eine durchaus zweifelhafte Subventionspolitik vertan. Nach diesen Leistungen legte man in den Regierungsbüros die Hände in den Schoß und überließ der Zeit das weitere. Verlassen wir uns auf den Sommer, der noch immer, sei es auf dem Bau oder in der Landwirtschaft, die Arbeitsmöglichkeiten vergrößerte. Indessen kritisierten sich die deutschen Industriellen bzw. die deutschen Bankiers untereinander oder mit den Russen herum, was man an der Anturkelung der deutschen Wirtschaft verdienen konnte, und wer den Schaden vor den übersteigerten Baukosten überwinden hatte, und bauen wollte, wartete vergeblich auf die Kredite. So ist es kein Wunder, daß auf dem deutschen Baumarkt tiefster Friede herrscht und daß Fertigwarenausfuhr und Aktivsaldo in unserer Handelsbilanz bedenkliche Neigung zum Rückgang verzeigten. Wenn die Gefahr besteht, daß wir mit rund 2 Millionen Arbeitslosen in den Winter gehen, wenn uns das Schicksal Englands droht, die chronische Arbeitsmarktkrise, so liegt das mit daran, daß sich die leitenden Stellen bei uns absolut nicht über die Krise des Arbeitsmarktes im klaren sind, daß sie ausschlaggebende Momente, z. B. die Auswirkungen der Rationalisierung auf dem Arbeitsmarkt und den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigungsgrad überhaupt nicht in ihre Rechnung ein-gestellt haben.

Es ist eine Tatsache, daß sich unsere Wirtschaftsbürokratie von den Komplikationen auf dem Arbeitsmarkt hat überraschen lassen.

daß auch nichts und gar nichts vorbereitet war, um die Auswirkungen aus der wirtschaftlichen Umstellung auf den Arbeitsmarkt elastisch aufzufangen. In welchem Maße das der Fall ist, zeigt eine recht typische Erscheinung, die Einstellung der Notstandsarbeiten durch die einzelnen Länder angeblich aus Mangel an Mitteln, vor allem aber auch eine standalöse Instanzenwirtschaft. Länder, Provinzen, Kommunen usw. streiten sich zum Gotterbarmen über Pflichten und Rechte, wenn es z. B. gilt, den notwendigen Bau von U t o m o b i l f r a ß e n in Angriff zu nehmen, so daß es an der Zeit erscheint, hier eine s o u v e r ä n e Stelle zu schaffen, die endlich mit einer unwirtschaftlichen Verwaltung recht gründlich aufräumt. In erster Linie erscheint es dringend geboten, zu einer eingehenden Erkenntnis der neuen Kräfte zu kommen, von denen die Gestaltung des gegenwärtigen Arbeitsmarktes abhängt. Hier hat das neue Konjunkturforschungsinstitut eine dankenswerte Aufgabe zu erfüllen. Wir müssen an Stelle des die gegenwärtige Wirtschaftspolitik beherrschenden Opportunismus, eines unverantwortlich-leichtsinnig optimistischen auf alle Fälle, wieder die Beobachtung, die genaueste Kalkulation sehen und die entlastende Wendung auf dem Arbeitsmarkt nicht von Zufällen, wie die Auswirkungen der englischen Bergarbeiterausperrung auf die Geschäftslage, sondern von dem Zusammenhang von Ursache und Wirkung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt erwarten. Es brauchte wirklich nicht so bekümmert schlecht um Wirtschaft und Arbeitsmarkt bei uns stehen, wenn das in der Vergangenheit der Fall gewesen wäre.

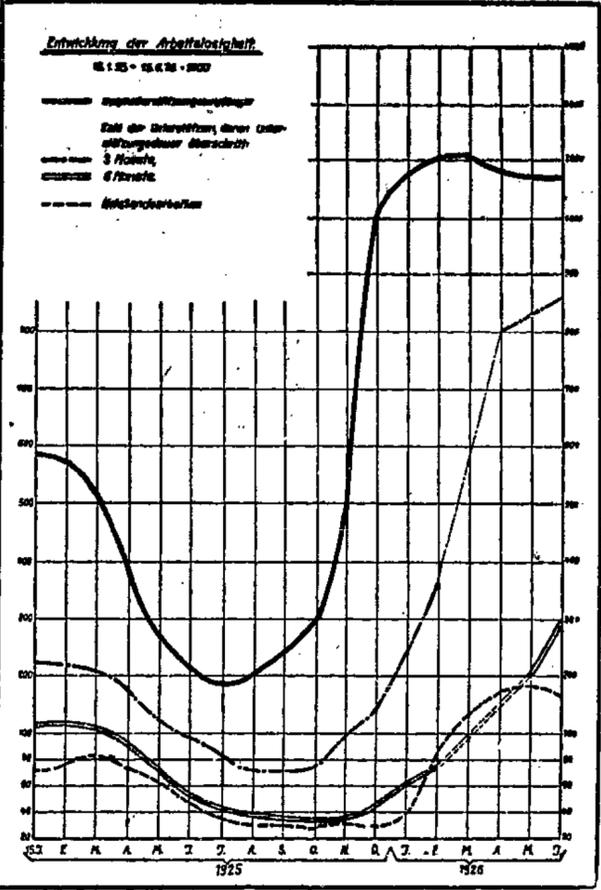
Aber wie ist es in dieser Beziehung bei uns? Werfen wir nur einen Blick in den großen Spekulationsladen in der Burgstraße, in die Berliner Börse. Dort ist ein Regenabbath ausgebrochen, als ob wir an der Schwelle dauernder Hochkonjunktur stünden. Schon seit Wochen wird mit steigenden Gewinnen gekauft und verkauft. Selbst hürgerliche Zeitungen sprechen von „Retordgewinnen, die man nur inflationistisch nennen kann“ und stellen fest, „daß das gesunde Rentabilitätsprinzip, das kalkulatorische Bewußtsein wieder wie in der Inflationszeit völlig abhanden gekommen ist.“ Dafür nur einige Beispiele an der Kursentwicklung einzelner Papiere:

	Ende 1925	Anfang Juni 1926	Anfang Juli 1926
		(Kurse in Prozenten)	
Darmstädter und Nationalbank	105	154	176
A. E. G.	85	144,2	140,5
Deutsche-Lug.	56,7	139	141
Deutsche Maschinen	33,2	103	103
Farbentruft	105	249	252
F. B. Bemberg	101	160	160
Erlanger Baumwolle	109,5	116	114
Hammerwerken	72,5	89,5	85
Norddeutsche Wollkammerei	90,2	123,5	122
Stoehr	112,5	120	121

Wir haben neben die stark gestiegenen Papiere, die sogenannten Favoriten, wahllos Werte aus der Textilindustrie gesetzt, um zu zeigen, wie verschieden die Kursentwicklung an der Börse war. Eine große Anzahl von Favoritenpapieren hat tatsächlich Kurse erreicht, die bei Neuanlagen keineswegs eine angemessene Verzinsung mehr bieten. Demgegenüber sind zahlreiche sogenannte Nebenwerte geradezu unterbewertet. Der Vorgang gibt sicherlich Veranlassung zur Erörterung der sehr ernsten Frage,

ob die an der Börse zu beobachtende Kapitalflüchtigkeit der Wirtschaft sich überhaupt in gefunden Bahnen bewegt oder nicht.

Ohne Zweifel ist, nachdem die deutsche Wirtschaft an und für sich stark überkapitalisiert ist, eine weitere Überkapitalisierung einzelner Industriezweige bzw. einzelner Industrie-gruppen festzustellen, während die überwiegende Mehrzahl der Betriebe nicht oder nur unzureichend mit Betriebsmitteln versorgt ist. Eine der schlimmsten Erscheinungen der Inflationszeit wiederholt sich, nämlich die, daß wenige Großkongerne und Trusts an der Kreditquelle sitzen und diese ohne Rücksicht auf die Möglichkeit späterer Verzinsung aussaugen. Das Gesagte gilt sowohl für Auslandskredite wie auch für Inlandskredite. Darüber hinaus werden ungeheure Mittel aufgewandt, um ganz bestimmte Interessen-lämpfe an der Börse durchzuführen. Millionen werden für diese Zwecke augenblicklich hinausgeworfen, ohne daß man überlegt, daß die hinausgeworfenen Millionen Befast für die Produktion sein müssen, weil die Summen zu ver-zinsen sind. Angesichts dieser Zustände kann man bei den derartig zustande gekommenen Trusts und Interessengemeinschaften wohl kaum noch von einer Rationalisierung sprechen. Wenn in unserem, weiter unten wiedergegebenen Schaubild eine Befestigung des Effektenmarktes und eine Verteilung des in den letzten Monaten anormal flüssigen Geldmarktes festzustellen ist, erklärt sich das durchaus aus dem dargelegten Tatsachenbestand. Es liegt eine durchaus ungesunde Umwandlung der flüssigen Mittel in Anlagewerte vor, deren Konsequenz sich augenblicklich nicht absehen läßt.



Hoffnungen für eine Belebung der Wirtschaft ergeben sich aus dem spekulativen Treiben der Börse nicht. Ebenso bedenklich erscheint das Anziehen der Warenpreise, das aus unserem ersten Schaubild ersichtlich wird. Die Regierung hat das Signal dazu durch ihre lattam bekannte Getreidepolitik gegeben. Durch die Erhöhung der Getreide-zölle, die Einrichtung der Getreidehandelsgesellschaft zwecks Valorisation der Getreidepreise und die von der Reichsbank in den letzten Tagen beschlossene erleichterte Lombardierung der neuen Ernte durch die landwirtschaftlichen Genossen-schaften

ist der Ring zur Auswucherung der Konsumenten geschlossen. In Zukunft werden an unseren Produktenbörsen Kräfte tätig sein, die sich in Richtung der amerikanischen Corners auswirken, d. h. die von der Regierung befolgte Politik ermöglicht eine Verknappung des Angebots, während sich die Nachfrage natürlich infolge der für das Jahr 1926 gegenüber dem Jahre 1925 schlechteren Ernte erhöhen wird. Auf Grund dieser Zusammenhänge ist mit einer ganz empfindlichen Steigerung der Getreidepreise zu rechnen, von der uns die Entwicklung des Roggenpreises in den letzten Wochen einen Vorgeschmack gibt. Man bezahlte für Roggen:

	Anfang Juni	Ende Juni	Anfang Juli
Roggen, Chicago (in Cents per bushel)	90,25	90	90,5
Roggen, Berlin (eine Tonne in Reichsmark)	174—179	204—206	215—218

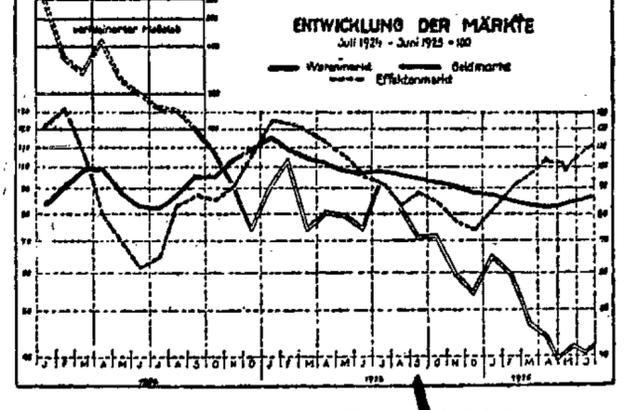
Darüber hinaus wirkt sich die Zollpolitik der Regierung in stark ansteigenden Fleischpreisen aus. Die Folge wird sein,

daß die Verbraucher für die Lebenshaltung größere Summen als bisher aufwenden müssen und daß für den Kauf von anderen Waren weniger Mittel zur Verfügung stehen. Das bedeutet eine Verschärfung der Krise und eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Auf der Hand liegt, daß insbesondere die Verbrauchsindustrien, insbesondere die Textilindustrie getroffen wird.

Die Aussichten für eine Belebung unserer Verbrauchsindustrien haben sich tatsächlich infolge der Zollpolitik der Regierung wesentlich verschlechtert.

Ehe der Reichstag in die Ferien ging, haben die bürgerlichen Parteien viel Wesens von einer moralischen und sozialen Pflicht gemacht, alle Mittel einzusetzen, um zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu kommen. Wie es wirklich darum bestellt ist, zeigen die von uns angeführten Tatsachen, zeigt vor allen Dingen die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Unser zweites Schaubild veranschaulicht die einzelnen Bewegungen und es wird deutlich, daß gerade die Anzahl der Unterstützungsempfänger wächst, die bereits drei und sechs Monate außer Arbeit sind. Das Landesarbeitsamt der Rhein-provinz stellte für den 15. Mai 1926 rund 33 140 Erwerbslose fest, die bereits länger als sechs Monate unterstützt werden mußten. Das waren rund 33,1 Proz. sämtlicher Unter-stützungsempfänger. Bis zum 15. Juni war die Zahl der mehr als sechs Monate unterstützten Erwerbslosen auf 45 000, gleich 44 Proz. gestiegen. So wie es in der Rheinprovinz ist — und das beweist unser Schaubild — wird es auch in anderen Gegenden sein. Das bedeutet eine weitere Komplikation der Arbeitsmarktkrise. In der langfristigen Arbeitslosigkeit taucht ein neues Gespenst auf, das zweifellos ernste soziale Gefahren birgt, und die Regierung vor die Notwendigkeit stellt, endlich mit entscheidenden Maßnahmen zu beginnen. In erster Linie kommt es, wie die Gewerkschaften schon öfters betont haben, darauf an, werteschaaffende öffentliche Arbeiten, die meist ohnehin dringend notwendig sind und in absehbarer Zeit durchgeführt werden müssen, in die arbeits-



arme Zeit vorzuverlegen. Es handelt sich hier um die große Aufgabe, sofort die akute Not der mehr als zwei Millionen Erwerbslosen zu überwinden. Es ist auch eine Art Notprogramm dafür aufgestellt, das u. a. den Wohnungsbau für Handarbeiter, Bodenverbesserungen größeren Stils usw. vorsieht. Das aufgestellte Programm hängt aber in seiner Verwirklichung von der schnellen Lösung der Finanzfrage ab. Gelingt das nicht, so bleibt das Notprogramm für die Arbeitslosen ein leeres Versprechen, das niemand satt macht. Sicherlich ist die Beschaffung von Mitteln für die Durchführung des Notprogramms eine ernste Belastung der Gesamtwirtschaft. Die Gesellschaft muß aber die notwendigen Opfer bringen, um mehr als zwei Millionen ihrer Mitglieder, die ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, nicht nutzen können, zu erhalten und vor dem Versinken zu bewahren. Uebersteigen die Anforderungen die zur Verfügung stehenden Mittel, so müssen neue Quellen durch Aufnahme von Anleihen beschafft werden. In diesem Zusammenhang erhält der Plan einer Aus-landsanleihe zur Anturkelung der Wirtschaft ein anderes Gesicht. Man hat sich aus verständlichen Gründen lange Zeit gegen eine solche Auslandsanleihe gestemmt. Heute aber, wo die Not bedenkliche Formen anzunehmen beginnt, erscheint sie durchaus berechtigt.

Zur produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Die langandauernde Wirtschaftskrise hat eine Arbeitslosigkeit hervorgerufen, wie wir sie in Deutschland noch nie gekannt haben. Nach den Ergebnissen der Stichtagszählung bei den Arbeitsnachweisen gab es am 15. Juni 1926 1 790 590 männliche Arbeitsuchende und 700 943 weibliche Arbeitsuchende. Demgegenüber waren nur 10 553 offene Stellen für männliche und 14 910 für weibliche Arbeiter vorhanden. Die Arbeitslosigkeit übertrug somit die Stellenangebote um ein vielfaches. Daneben werden aber noch Tausende nur verkürzt beschäftigt. Diese ungeheure Arbeitslosigkeit hat in ihrer Auswirkung ein großes Meer von Elend geschaffen, in dem die Masse der wert-tätigen Bevölkerung zu versinken droht. Die ärztlichen Gutachten aus Sagan (Schl.), Landeshut usw. leuchten tief in das Elend der breiten Volksmasse hinein. Umfänglicher der Lunamüberfülle, Krankheiten aller Art, Erhöhung der Kindersterblichkeit sind die unmittelbaren Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Dabei ist an einen baldigen wirtschaftlichen Umschwung nicht zu denken. Gewiß hat sich in der Textilindustrie in einigen Branchen in den letzten Wochen eine kleinere Besserung bemerkbar gemacht, im großen und ganzen übt aber dieser kleine Aufschwung in einzelnen Branchen auf die gesamte Wirtschaftslage nur einen recht geringen Einfluß aus. Es ist damit zu rechnen, daß diese Krise noch auf lange Zeit anhält und zweifellos im Winter noch bedeutend verschärft wird. Bei der großen Arbeitslosendeckelung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm vor dem Reichstag erklärte u. a. der Arbeitsminister Dr. Brauns, daß eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt spätestens vom Jahre 1929

Inhalt: Ein tolles Spiel. — Zur produktiven Erwerbslosenfürsorge. — Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes bezüglich der Durchführung der Kurzarbeiterfürsorge an den Reichsarbeitsminister. — Gewerbliche Rechtsprechung. — Frauenteil. — Alte und neue Verhältnisse. — Wie ich Frankreich wieder fand (II.). — Berichte aus Frankreich. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsbeilage: Das Deutschland ohne Arbeitslose.

ab, infolge des Geburtenausfalles während des Krieges zu erwarten sei. Die Aussichten des Arbeitsministers Dr. Brauns sind trübe genug und geben Veranlassung, alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Maß herabzudrücken und, soweit noch Erwerbslose und Kurzarbeiter vorhanden sind, dieselben ausreichend zu unterstützen. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß die niedrigen Unterstützungssätze wie sie die Erwerbslosenfürsorge vorsieht, bei längerer Arbeitslosigkeit nicht ausreichend sind.

Die Regierung ist nun bestrebt, die Erwerbslosenfürsorge mehr produktiv zu gestalten. Sie hat ein vom 8. Ausschuss (Volkswirtschaft) einkommens beschlossenes Arbeitsbeschaffungsprogramm angenommen. Die Gelder sind bereitgestellt und es ist zu hoffen, daß mit Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms der Arbeitsmarkt einigermaßen angekerbelt wird. In dem Arbeitsbeschaffungsprogramm wird u. a. gesagt:

Ausgehend von der Erwägung, daß

a) mit der im Herbst 1925 einsetzenden Wirtschaftskrise seit Anfang d. J. etwa 2,5 Millionen völlig Erwerbsloser und mehrerer Millionen Kurzarbeiter vorhanden sind;

b) diese Krise in unverminderter Schärfe anhält und keine begründete Aussicht vorliegt, daß die große Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit eine erhebliche Abschwächung erfährt;

c) das zweite Krisenjahr und damit der nächste Winter insbesondere für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Millionen erhöhte Not im Gefolge hat und damit die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert, hält der Deutsche Reichstag für dringend geboten, daß in organischem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Arbeitsmarkt zu heben, die Arbeitsmöglichkeiten zu fördern und den Erwerbslosen Beschäftigung zu geben.

Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist es unmöglich, Millionen Arbeitnehmer einer jahrelangen Erwerbslosigkeit preiszugeben. Es muß Vorkehrung getroffen werden, daß ein großer Teil Erwerbsloser zumindest in dem Maße mit Notstandsarbeiten beschäftigt wird, daß die längere Zeit Erwerbslosen innerhalb eines Jahres wenigstens abwechselnd ein Vierteljahr und länger Beschäftigung finden. Das würde bedeuten, daß beim gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit laufend mindestens etwa 500.000 Arbeitslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden müßten.

An solchen Arbeiten fehlt es nicht. Auf einer Reihe von Gebieten können Arbeiten in Angriff genommen und durchgeführt werden, zu denen entweder bereits die baureifen Pläne vorliegen oder letztere ohne erhebliche Schwierigkeiten und in kürzerer Zeit vorbereitet werden können. Bei diesen Arbeiten ist deren Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit voranzustellen. Dazu gehören unter anderem:

1. der Straßenbau und die notwendige Erneuerung eines größeren Teils der Straßendecken, die dem neuzeitlichen Verkehr nicht genügen;
2. die Kultivierung von Oedlandflächen, Moorgeländen u. a. unfruchtbareren Boden, der in Deutschland über drei Millionen Hektar zählt und zum größeren Teile unbar gemacht werden kann. Das würde der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen und auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Bewirtschaftung, Ansiedlung usw. bieten;
3. die Schiffbarmachung deutscher Flüsse und deren zweckdienliche Verbindung durch Kanäle, die der Förderung des Wassertransportweges und der deutschen Wirtschaft dienen;
4. Fluß- und Bachregulierungen zur Gewinnung von Kulturböden und anderem Gelände, sowie zur Verhütung von Hochwasserschäden usw.;
5. Stauanlagen, Schuttdämme usw., um den stets wiederkehrenden Hochwasserschäden vorzubeugen;
6. Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften, die auch zum Teil mit den unter 3., 4. und 5. vermerkten Arbeiten zu verbinden sind und die Gesamtanlagen wirtschaftlicher gestalten können;
7. der Wohnungsbau, dessen großzügige Förderung — auch evtl. durch produktive Erwerbslosenfürsorge — dringend notwendig ist, um sowohl der Wohnungsnot wie der daniederliegenden Beschäftigung zu begegnen;
8. Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Sollen zur langfristigen Vorsorge für Arbeitsgelegenheiten die vorgenannten und ähnliche produktive Arbeiten und Anlagen vorbereitet und durchgeführt werden, so setzt dies ein enges Zusammenarbeiten von Reich und Ländern sowie deren Organe voraus.

Zur Durchführung dieser Arbeiten sind erhebliche Summen notwendig. Die Reichsregierung wird dringend ersucht, mit den Länderregierungen sich umgehend ins Benehmen zu setzen, damit die angeregten Arbeiten nicht nur geprüft, sondern in kürzester Frist und in weitgehendem Umfang mit ihrer Durchführung begonnen werden kann. Müßen angeht die großen und andauernden Arbeitslosigkeit höhere Summen für produktive Erwerbslosenfürsorge in den Etat von Reich und Ländern eingestellt werden — im laufenden Jahresetat evtl. als Nachtrag —, so weist der Reichstag gleichzeitig darauf hin, daß bei der Mittelbeschaffung für produktive Anlagen, wie sie auch die vorgenannten Vorschläge enthalten, Anleihen mit auszunehmen sind. Dabei wäre auch die öffentlich-rechtliche Garantie für Mindestzinszahlungen zu prüfen, ferner, ob bei einer großen öffentlichen Anleihe zum Wohnungsbau auch Mittel der Hauszinssteuer zur Zins- und Tilgungsgarantie mit Verwendung finden könnten.

Die Reichsregierung wird ferner ersucht,

- a) zu prüfen, ob die Schwierigkeiten beim Auslandskredit, der für mehrere Jahre zusätzliche Auftragsarbeiten und damit der deutschen Wirtschaft größere Beschäftigungsmöglichkeiten bringen sollte, nicht behoben werden können,
- b) hinzuwirken bei den Reparationsleistungen auf die Gewinnung langfristiger Sachlieferungen im Rahmen des als möglich erachteten Transfers,
- c) zu untersuchen, inwieweit der große Andrang von täglichem Geld, das zum Teil zu reinen Spekulationszwecken im In- und Ausland verwendet wird, der produktiven Wirtschaft Deutschlands zugeführt werden kann.

Die Regierung hat sich bereits mit den Ländern in Verbindung gesetzt und auf die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hingewiesen. Die bisherigen Beratungen haben zu folgenden Beschlüssen geführt:

Das Reich ist bereit, der Reichsbahn-Gesellschaft ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Fertigstellung begonnener Bahnbauten unter besonders günstigen Bedingungen zu gewähren. Von diesen Mitteln soll ein möglichst hoher Betrag schon im Laufe dieses Jahres in Bezirken mit besonders großer Arbeitslosigkeit verausgabt werden. Ferner hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn sich bereit erklärt, außer den Aufträgen, die sie bereits herausgegeben hat, weitere Aufträge im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark zu vergeben, falls das Reich ihr dabei finanziell behilflich ist.

Auch die Reichspost wird das für dieses Haushaltsjahr aufgestellte Auftragsprogramm, das an sich schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit reichlich bemessen war, noch erweitern.

Die Wasserbauarbeiten, die bereits die Genehmigung des Reichstages erhalten haben, sollen beschleunigt und verstärkt zur Durchführung kommen. Im übrigen ist die Reichsregierung grundsätzlich entschlossen, neue Wasserbauarbeiten in Angriff zu nehmen.

Auch der Bau von Landarbeiterwohnungen soll verstärkt betrieben werden. Hierfür werden 30 Millionen Mark in diesem Jahre neu in den Haushaltplan eingestellt. Ferner sollen die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine wesentliche Verstärkung über das im Haushalt vorgezeichnete Maß hinaus erfahren.

Eine Belebung der Bauwirtschaft soll durch Erleichterung der Bedingungen für den Reichskredit für erste Hypotheken und durch Verstärkung der Mittel für die Hauszinssteuerhypotheken erreicht werden.

Die beschlossenen Maßnahmen haben die Zustimmung des Reichsfinanzministers gefunden.

Hoffen wir nun, daß der Bureaokratismus der nachgeordneten Stellen dieses Arbeitsprogramm nicht wieder zerschlägt. Es ist selbstverständlich, daß alle Stellen dafür sorgen müssen, daß dieses Programm zur Durchführung gelangt und auch entgegen jenen Stellen, die ihre höchste Aufgabe darin erblicken, die Arbeitslosenfürsorge, in welcher Weise sie auch durchgeführt werden mag, zu sabotieren.

Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes bezüglich der Durchführung der Kurzarbeiterfürsorge an den Reichsarbeitsminister.

Berlin, den 6. Juli 1926.

Betrifft: Mängel und Härten in der Kurzarbeiterfürsorge.

Der unterzeichnete Vorstand sieht sich veranlaßt, den Herrn Reichsarbeitsminister zu ersuchen, für die sofortige Beseitigung der bei Durchführung der Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge in einigen Bezirken in Erscheinung getretenen Härten und Mängel Sorge tragen zu wollen. Schon in der von uns am 28. Mai d. J. an die Reichsregierung gerichteten Eingabe haben wir auf diese Uebelstände hingewiesen, ohne daß unser Hinweis die notwendige

Beachtung gefunden hat. Es handelt sich bei unserer diesmaligen Beschwerde um folgende Vorkommnisse:

Wie uns von den Geschäftsstellen unserer Ortsgruppen in Lachen, M.-Glabach, Coburg i. B., Schreihelm i. B., Berlin und Wittenberg (Bez. Potsdam) berichtet wird, verweigern die Arbeitsämter dieser Bezirke noch immer die Wiederaufnahme der nach Ablauf der sechsmonatigen Unterstützungsperiode ausgesetzten Kurzarbeiter in die inzwischens bis zum 3. November d. J. verlängerte Kurzarbeiterfürsorge. Die von der Wiederaufnahme in die Kurzarbeiterfürsorge ausgeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten fast ausnahmslos schon seit Ende 1925 bzw. Anfang 1926 ununterbrochen verkürzt und haben auch noch keine Aussicht, in absehbarer Zeit voll beschäftigt werden zu können. Die Arbeitsämter begründen ihren eigenartigen, die in Frage kommenden Kurzarbeiter zur Verzweiflung treibenden Standpunkt damit, daß vom Reichsarbeitsministerium bis zur Stunde noch keine Anweisung ergangen sei, wie die Anordnung vom 30. 4. 26 über die Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge gehandhabt werden soll. Weiter wird erklärt, daß aus dem Wortlaut der Anordnung nicht ersichtlich sei, ob einmal ausgesetzte Kurzarbeiter wieder in die Kurzarbeiterfürsorge aufgenommen werden dürfen. Dadurch haben sich in den angeführten Bezirken unhaltbare Zustände herausgebildet und die ohne Unterstützung bleibenden Kurzarbeiter sind nicht nur ungemein erbittert, sondern es hat sich ihrer auch eine nur zu berechtigte Verzweiflungsstimmung bemächtigt.

Angeht die grenzenlose Not, die in den Familien der Kurzarbeiter ohnehin schon herrscht, ersuchen wir den Herrn Reichsarbeitsminister dringend, die bisher noch nicht erlassene Anweisung den Arbeitsämtern bekanntzugeben. Wünschenswert erscheint auch, wie selbst verschiedene Arbeitsämter zugeben, der Erlass klarer Ausführungsbestimmungen zur Anordnung über die Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge, damit willkürliche Auslegungen nachgeordneter Organe vermieden und die Kurzarbeiter vor Schaden bewahrt werden. Daß eine einheitliche Regelung über Auslegung und Anwendung der Bestimmungen der Kurzarbeiterfürsorge notwendig sind, zeigen zwei Vorkommnisse, die sich in Bamberg und Bielefeld zugetragen haben.

Das Arbeitsamt in Bamberg hat den Arbeitern der Bamberger Seltenerwarenfabrik, die schon lange Zeit verkürzt arbeiten, ab 5. Juni d. J. die Kurzarbeiterunterstützung verweigert, und zwar weil in der Woche vom 31. Mai bis 5. Juni ein Feiertag (Fronleichnam) fiel. Da nach Ansicht des Arbeitsamts dieser Feiertag auch bei voller Beschäftigung ausgefallen wäre, seien der Arbeitslosigkeit für die in Frage kommende Woche nicht drei, sondern vier Arbeitstage anzurechnen. Auf Grund dieser eigenartigen Auslegung der Bestimmungen über Kurzarbeiterfürsorge mußten die Kurzarbeiter der Bamberger Seltenerwarenfabrik erneut eine dreiwöchige Karenzzeit durchmachen, bevor sie wieder Unterstützung erhielten.

In Bielefeld wurde den Kurzarbeitern, die ihr tariflich vereinbartes Urlaubsgeld in Höhe eines Wochenlohnes erhielten, gleichfalls die Kurzarbeiterunterstützung entzogen. Die Wiederaufnahme in die Kurzarbeiterfürsorge erfolgte erst, nachdem sie nochmals drei Wochen Karenzzeit zurückgelegt hatten.

Weiter wollen wir noch darauf hinweisen, daß in Forst in der Lauffitz und wohl auch andernorts bei eintretender Kurzarbeit erst die Bedürftigkeit der von der Kurzarbeit betroffenen Arbeiter geprüft wird. Infolge dieser anscheinend sehr eingehenden Bedürftigkeitsprüfung wird vielen Kurzarbeitern die Unterstützung verweigert und dies, obwohl ihnen der Beitrag für die Erwerbslosenfürsorge vom Lohn abgezogen wird.

Die vorstehend angeführten Fälle bedeuten unseres Erachtens ganz willkürliche Auslegungen der Fürsorgebestimmungen, die geeignet sind, in den Kreisen der Kurzarbeiter eine nur allzu berechtigte Erbitterung auszulösen. Die in Bamberg und Bielefeld aus den angeführten Ursachen erzwungene Karenzzeit war ebenfalls unerbittlich und unsozial, wie die peinlich genaue Bedürftigkeitsprüfung in Forst eine unbillige Härte ist, die dem Geist und dem Sinn der Anordnung über die Kurzarbeiterfürsorge direkt widerspricht.

Indem wir die Aufmerksamkeit des Herrn Reichsarbeitsministers auf Vorkommnisse der vorbezeichneten Art lenken, ersuchen wir nochmals dringend, die Landesbehörden und die Arbeitsämter anzuweisen, wie die Anordnung über die Kurzarbeiterfürsorge auszuweisen und anzuwenden ist. Ganz besonders aber erwarten wir, daß unsere in der Eingabe vom 18. Mai d. J. erhobenen Forderungen, Aufhebung der Karenzzeit und der Bedürftigkeitsprüfung, Gewährung der Unterstützung für die Dauer der Kurzarbeit und Erhöhung der Unterstützungssätze, sofortige Berücksichtigung finden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Der Hauptvorstand
des Deutschen Textilarbeiterverbandes
gez. Schulze.

An das Reichsarbeitsministerium,
z. H. des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. Brauns,
Berlin NW. 40, Schornhorststr. 35.

Das Deutschland ohne Arbeitslose.

Eine Wirtschaftsgeschichte vom schöneren Deutschland.
Von Max Dornu.

Alles unbebaute Land war nun Eigentum des sozialen Staates geworden. Ein und eine halbe Million Erwerbsloser rodeten Deutschlands Steppen, Heideländer. Das war eine große Arbeit! Die Lerche sang. Die Sonne strickte goldene Strümpfe für den Winter. Die blanken Grabespalten gruben sich wertvoll ein in den weißen Heidefeld. In zehn Jahren würde die Heide fruchtbarster Acker sein! Dieser Gedanke spornte alle Herzen an zu freudigen Werken. Man wirkte für den sozialen Staat, und der ist man selber. Auch alle Moore wurden trocken gelegt. Das braune Moorwasser ward von mächtigen Pumpen aus den Brackbüchern abgeseigt. Wo Moor war, soll Wald werden! Bald sind die Lungen Deutschlands.

Ein und eine halbe Million der Erwerbslosen waren also am deutschen Boden beschäftigt, ein geeignetes Wert, keine schönere Arbeit, als wie die Arbeit an deutscher Erde.

Und was ward aus der anderen halben Million Erwerbsloser? Die bauten Häuser. Aller Wald war soziales Eigentum des Volkes geworden, auch alle Steinbrüche, Erz- und Kohlenlager. Der Wald gab Bauholz. Kohle- und Erzgrube hatten freie Hochzeit gemacht, im Feuer ward ihr Kind: freies Eisen und freier Stahl. Das bauen wir in freie Häuser. Schon das Kind wird frei geboren! Und Ziegelbrennen ist eine Lust. Was die Eiszeit an zerriebenen Gestein als Ton absetzte, das wird Hausstein. Der Ziegler ist braun wie der Behn, er arbeitet als freier Mann an freier Luft. Der Wind spielt auf der Harke des hohen Eichenbaumes. Und die Linde blüht und duftet. Bienen jählingen im Rhythmus der Arbeit. Der Mensch ward wie die Biene. Der Mensch ward gut! Eine freie Wirtschaft zeugte einen edlen freien Menschen, dessen Inneres sich von häßlichen Trieben geläutert hatte, dieser geläuterte Mensch, der innerlich frei ward: der war fähig gemeldet, auch die äußere Freiheit zu vollenden. Erst wirtschaftlich, dann sozial!

Häuser wuchsen aus deutscher Erde auf wie schöne rote Pilze. Es gab in Deutschland keine Wohnungsnot mehr, die Erwerbslosen waren erwerbend geworden, indem sie Häuser bauten. Die Häuser gehören dem jungen sozialen Staate, und der ist das Volk!

Und der Bauer? Der Bauer stieß, was er war, ein freier Arbeiter auf eigenem Grund und Boden. Nicht seinen Besitz suchte der Bauer zu vergrößern, sondern seine ganze Ehre legte der Bauer in sein Werk: um möglichst viel aus seinem Boden herauszuwirtschaften. Nicht mehr hohe Marktpreise waren der Antrieb bei der Arbeit des Bauern, sondern die Ehre jagte ihm: Ich will für mein Volk möglichst viel produzieren! Ich will geliebt und geachtet sein.

Alle Ehr- und Besitzbegriffe waren umgewandelt. Dank den freien

Schulen. Die Schulen waren weltlich geworden — statt Religion lehrte man: Religionsgeschichte. Edles und Wahres sonderte sich so vom Geschäftsmäßigen alles Religiösen. Der junge Mensch sah mit neuen Augen eine neuere Welt. Out sein hieß ihm — in Gott sein! Und die heiligsten Worte der deutschen Sprache waren Herzessprüche geworden, diese beiden Worte klangen nun wie Helden durchs Herz und überm deutschen Lande: Freundschaft und Gemeinschaft!

Und die Kirchen? Die Kirchen hatten sich überlebt, wohl waren noch Reste von kirchlichen Organisationen da, die aber hatten die neuere Zeit nur noch erleben können, weil sie sich aus Organisationen der Priestertasten umgewandelt hatten zu Volkstirchen. Manche mystisch veranlagte Menschennatur fand in der Götlichkeit eines Jesu noch seine innere Erbauung, dieser Mystiker aber waren wenige. Das große Volk ehrte den Jesus als revolutionären Arbeiter, als Vorläufer einer sozialen Zeit. Dem Jesus in den Gedanken seiner Bergpredigt nachzusehen, das war die neuere Religion einer neueren Menschheit geworden. Werdet kindlich im Herzen und im Gemüte!

Und was ward aus der hochfinanz? Alle Banken sind Staatsinstitute. Das Kapital ward staatliches Produktionsmittel. Das Kapital ward durch seine Freiheit mehr schöpferisch, es schafft nicht mehr um Profit, sondern das freie Volkskapital schafft dem Volke zu Ruh und Freude.

Und die Fabriken? Jede Fabrik ist ein soziales Unternehmen. Jede Fabrik ist selbständig. Die Arbeiter und Angestellten der Fabriken haben alle das gleiche Lohnentkommen, der erarbeitete geldliche Gewinn des Wertes wird zunächst zu einer ständig fortschreitenden Verbesserung der Technik verwandt, und der dann noch übrig bleibende Gewinn wird zu gleichen Teilen an alle Betriebsangehörigen abgeteilt. Was aber ist dann der Arbeitsantrieb des einzelnen Menschen? Warum schafft der Werkdirektor mit nur gleichen Lohnansprüchen wie der Prolet ebenso freudig als wie der Mann vor dem Hofpfeifer? Die Ehre treibt den Menschen zur Arbeit, jeder will Höchstes leisten! Das ist eine segnete Ehre, himmelweit anders als die falsche Ehre und der falsche Ruhm im längst vergangenen kapitalistischen Zeitalter. — Damals trieb das Volk wohl Sport, im Sport wollte schon damals jeder der erste sein. Nun aber ward die gesamte Arbeit ein Sport, denn sie ist frei, sie wird nicht mehr ausgebeutet, und die ehemaligen Lieberkräfte des Sportlebens wirken nun in veredeltem Maße im Berufsleben. Ich arbeite fürs Volk, je mehr ich fürs Volk erarbeite, je mehr bin ich geachtet und geliebt.

Und solches ist das Große dieser neueren Zeit: Die Menschen sind hungrig auf Liebe! Sie wollen Liebe — und sie schenken Liebe. Aber die Gefängnisse? Das Verbrechen nahm ab, als das Schnapsbrennen gesetzlich verboten ward. Verbrechen sagt man nicht mehr. Man sagt zum Verbrecher: Du Unglücklicher! Wer seine inneren

häßlichen Triebe nicht eindämmen konnte, wer die sozialen Volksgesetze brach, der wird zur Gesundheit auf einem staatlichen Gute interniert, hier arbeiten unter liebevoller Behandlung all die Unglücklichen, die noch nicht gelernt hatten, sich selber zu meistern, manche lernen das hier in Verbindung mit der freien Natur, unter der Heilkraft der Arbeit.

Noch ein Wort von der Liebe. Durch eine freie Wirtschaft wuchs der Mensch auf zu einer größeren Freiheit der Seele. Mit goldenen Augen schaut der neuere Mensch auf zu den abendlichen goldenen Sternen. Die Sterne haben sich zu den Menschen herabgebogen in dem Augenblicke, als der Menschen Herz zu den Sternen höher hinaufflog. Harmonie umbindet die Schöpfung und den Menschen! Die Sterne hängen, die Winde blasen Choräle, das Meer wirft Perlen auf den deutschen Strand, die Flüsse tragen den Menschen im freien Reileboote durch freie deutsche Landschaft. Vom grünen Schiffe des Flusses her winken die romantischen Hände der weißen Rufen, die alten schönen Volksmärchen wurden in den Herzen der Menschen wieder lebendig, der Mensch ward gut, denn sein Herz ward wieder kindlich.

Und die Liebe ist auch dieses: Alle Kurorte verpflegen die Schwachen und die Kranken. Baden-Baden und Nauheim und Wiesbaden wurden sozial — hier erholen sich die Schwachen und Kranken aus Fabrik und Bureau. Aber wo baden die Reichen? Welche Reichen? Es gibt nur noch Herzzeigende, Geldreiche gibt es nicht mehr. Und die Herzzeigenden baden im freien Sonnenlicht: Licht, Luft- und Wasserbad erhalten die Gesundheit des Volkes. Eine falsche Scham ward längst abgetan, der Körper des Menschen ist rein, das Geschlecht ist nicht mehr Schmutz, sondern das Geschlecht ist die heilige Quelle neuen Lebens.

So fühlt der jüngere Mensch: Wir baden in See, Fluß, Sonne, Wind und Regen unsere nackten Körper. Wir tanzen auf grünen Wiesen unter der roblühenden Kastanie unseren freien schönen Reigen, wir sind radend, weil wir keinen Schmutz im Nacken sehen. Das Kleid aber ward bunt. Wie die Pflanzen bunt blühen, so blüht im Kleide nun auch bunter der Mensch. Das Farbige wirkt schön.

Das Leben ward eine Freude! Mit Entsetzen denkt man an die Zeiten kapitalistischer Kriege, man kann das nicht mehr verstehen. Das neue Deutschland ist ein Land der Arbeit, der Freude und des Friedens. Die soziale Wirtschaft schuf im sozialen Staate den edlen, sozialen, deutschen Menschen.

Zum Teufel aber noch mal, wo ist denn dieses neuere Deutschland? Meine lieben Freunde, dieses neuere Deutschland ist noch nicht, aber es wird wohl sein im Jahre 1976, dann wird Deutschland sein eine soziale rote Rose im Kranze eines sozialen geinteten Europas.

Das Ziel winkt herrlich, marschieren wir!

Gewerbliche Rechtsprechung.

Arbeitszeitverordnung und behördliche „Anordnungen“.

Am Betriebe der Firma Fröhlich u. Wolff, Hess.-Rheinl., wurde 1925 lange Zeit, statt der regelmäßigen Arbeitszeit von 48, 53 Stunden pro Woche gearbeitet. Aber auch diese verlängerte Arbeitszeit genügte der Firma nicht, sie forderte daher eines Tages vom Arbeiterrat die Zustimmung zu einer täglichen Arbeitszeit von 11 1/2 Stunden für eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Arbeiterrat lehnte die Zustimmung ab. Die Firma wiederholte ihre Forderung; der Arbeiterrat forderte darauf eine Erhöhung der Akkordlöhne. Diese Forderung lehnte die Firma ab, der Arbeiterrat blieb bei der Ablehnung der 11 1/2stündigen Arbeitszeit. Inzwischen hatte die Firma bei der Regierung die Genehmigung der geforderten Ueberarbeit beantragt und die Regierung gab antragsgemäß die Genehmigung trotz des bestehenden Streites zwischen Firma und Arbeiterrat. Auf Grund dieser Genehmigung forderte die Firma mittels Anschlag die 11 1/2stündige Arbeitszeit unter Androhung der fristlosen Entlassung aller derjenigen, die die geforderte Ueberarbeit verweigerten. Unter diesem Druck, und da der Arbeiterrat unterlassen hatte, die Gewerkschaft rechtzeitig von der Streitfrage zu unterrichten, damit diese eingreifen konnte, kam es dann zu Freude der Firma dazu, daß trotz der fehlenden Zustimmung des Arbeiterrats die 11 1/2 Stunden zunächst geleistet wurden. Vor diese Tatsache plötzlich gestellt, beantragte der Deutsche Textilarbeiterverband bei der Regierung die sofortige Zurückziehung der Genehmigung. Der Verband forderte ferner von der Regierung den Nachweis der gesetzlichen Grundlage für den erfolgten Anschlag mit der angedrohten fristlosen Entlassung. Da die Regierung diesen Nachweis nicht bringen konnte, teilte die Gewerkschaft ihren betroffenen Mitgliedern mit: hat der Arbeiterrat die nach dem bestehenden Tarifvertrag für die über 53 Stunden pro Woche hinausgehende Arbeitszeit erforderliche Zustimmung abgelehnt, so verpflichtet die Genehmigung der Regierung nicht zur Leistung der verlängerten Arbeitszeit. Die diktierte Ueberarbeit wurde nun nicht mehr geleistet und die Firma sprach dann die fristlose Entlassung gegen alle aus, die die Ueberarbeit verweigert hatten, darunter auch der Arbeiterrat. Nach der erfolgten fristlosen Entlassung wurde unter Teilnahme des entlassenen Arbeiterrats der Antrag auf Aufhebung der Genehmigung wiederholt und der Nachweis der gesetzlichen Grundlage für das erfolgte Vorgehen der Firma auf Grund der gegebenen Genehmigung nochmals gefordert. Dieser Nachweis konnte auch jetzt nicht erbracht werden. Die am 1. Juli 1925 auf 30 Tage erteilte Genehmigung wurde jedoch am 25. Juli 1925 wieder zurückgezogen. Da aber die Folgen der von der Regierung ohne genügende Prüfung der Sachlage gegebenen Genehmigung weiter bestanden, die Firma die Entlassenen nur unter Leistung einer 11 1/2stündigen täglichen Arbeitszeit wieder einstellen wollte, die Entlassenen dies aber mit Rücksicht auf Treue für Tarif- und Mitbestimmungsrecht ablehnten, entschied das Gewerbegericht Cassel wie folgt:

„Es wird festgestellt, daß die Beklagten zu Recht entlassen sind. Gründe: Durch die vorläufige Anordnung des Regierungspräsidenten vom 1. Juli 1925 und endgültige Anordnung vom 2. Juli 1925 waren alle Beklagten verpflichtet, die in den Anordnungen angeführte Mehrarbeit zu leisten. Einer Zustimmung der Beklagten bzw. des Arbeiterrats zu der Mehrarbeit bedurfte es dabei

nicht. Die vor dem Erlaß der Anordnung erforderliche Anhörung des Arbeiterrats ist unbedingte Voraussetzung.“

Auch das Landgericht Cassel ließ das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft nicht gelten, wies die Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil zurück und ließ in seinen Entscheidungsgründen folgendermaßen charakteristischen Satz für alle anderen sprechen:

„Im Interesse einer gedeihlichen Wirtschaft, im wirtschaftlichen Interesse des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers, und zwar im Interesse des sozialen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß bei dem nun einmal gegebenen und notwendigen Treuerverhältnis der beiden Gruppen die Verpflichtung der Mehrarbeit für die Arbeiter als gegeben angesehen werden, wenn einmal die behördliche Anordnung hierzu ergangen ist.“

Gegenüber dieser ungeheuerlichen „Leistung“ sei festgestellt, daß der Regierungspräsident keine Anordnung, sondern nur eine Genehmigung erteilt hat und diese nur auf Grund § 9 Abs. 1 der Arbeitszeitverordnung in Verbindung mit Ziffer 7 der Verordnung vom 23. November 1918 gegeben hat und nur geben konnte. Denn es fehlten ja die Gründe, die zur „Würdigung der Notwendigkeit der Mehrarbeit durch den Regierungspräsidenten“ zu einer Anordnung unentbehrlich sind. Die Firma, die doch die Notwendigkeit der geforderten Mehrarbeit zwecks einer Anordnung wirklich nachzuweisen hatte, die sie selbst 18 Weber und verzierte somit pro Woche auf 954 Arbeitsstunden und brüstete sich noch mit dieser ihrer freiwilligen Verzichtleistung! Die Firma durfte also die Tätigkeit 18 fleißiger Arbeiter für die Volkswirtschaft zurückweisen, die Firma durfte die Werte für die Volkswirtschaft aus 954 Arbeitsstunden pro Woche unmöglich machen, aber 18 Arbeiter durften sich nicht auf folgende Bestimmung im rechtsgültigen Tarifvertrag stützen:

„Ueberarbeit über 53 Stunden hinaus ist mit der Arbeitervereinbarung im Betriebe zu vereinbaren.“

Die Firma durfte rücksichtslos nach dem Grundsatz handeln: „Alles oder nichts!“ Daß die Arbeitnehmer schließlich bereit waren, nicht nur 9 1/2, sondern sogar 11 1/2 Stunden täglich zu arbeiten, wenn für Mitbestimmungsrecht anerkannt worden wäre, war für das Landgericht nichts. Nicht mit einem Wort wird das Mitbestimmungsrecht, wie es im Tarifvertrag steht, vom Landgericht erwähnt. Statt dessen wird der Regierungspräsident zum Präsidenten der Wirtschaft erhoben. Und wenn dann der Präsident Mehrarbeit „angeordnet“ hat, dann gibt es kein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, dann gibt es kein Tarifrecht mehr, dann haben die Arbeiter nicht nur 53, 65, sondern immer soviel Stunden allwöchentlich zu arbeiten, wie vom Syndikus beantragt und vom Präsident „angeordnet“ ist.

Arbeiten bis zum Umfallen und — Maulhalten, ist das Ziel der Reaktion; ist das Mittel, mit dem die Reaktion die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen will. Auch im Kriege wollte man ja mit der Parole: „Durchhalten und Maulhalten“ das deutsche Volk zum Siege führen. Ein Zusammenbruch, wie ihn die Geschichte noch nicht gesehen hat, war das schreckliche Ende. Und wie weit es heute die Reaktion gebracht hat, bekunden etwa zwei Millionen Arbeitslose! Massenopfer damals — Massenopfer heute! Wir hatten damals unseren preußischen Leutnant, den uns niemand nachmachte! Und heute, im Jahre 1926, sagt die bürgerliche Rechtsprechung noch: Wenn einmal die behördliche „Anordnung“ zur Mehrarbeit ergangen

ist — und ganz gleich mit welchen Gründen sie zustande kam — ist die Verpflichtung zur Mehrarbeit für die Arbeiter gegeben. Wie lange soll aber die Arbeitszeitverordnung mit dieser Rechtsmacherei gegen die Arbeiterschaft zum Schaden der Volkswirtschaft noch bestehen?

Alte und neue Verhältnisse.

Von „Unus“.

Die deutsche Textilindustrie befand sich vor dem Kriege in einer dauernden Ausdehnung. Sie stand in den vorberstehenden Reihen der Textilindustrie anderer Länder; so kam sie gleich hinter Amerika, vor dem als größtes Faserstoffverarbeitendes Land England stand (dessen Handel damals fast zu 25 Prozent seine Kraft aus der Textilindustrie zog).

Sie hatte eine große Aufgabe. Ein Volk von 65 Millionen Einwohnern wollte mit Stoffen versorgt sein, darüber hinaus lieferte sie jedoch auch für den Weltmarkt erhebliche Mengen, die aber, im Gegensatz zu England und Frankreich, lange nicht die Größe erreichten, die im Inlande verbraucht wurden. Nach Kretzschmar stellen sich die Absatzverhältnisse folgendermaßen dar:

	Inlandsverbrauch	Ausfuhr
Deutschland	77,5 Proz.	22,5 Proz.
Großbritannien	49,6 Proz.	50,4 Proz.
Frankreich	68,2 Proz.	31,8 Proz.

Ueber drei Viertel der Produkte der deutschen Textilindustrie wurden im Inlande aufgenommen! Beim Betrachten dieser Ziffern (auch wenn sie nur relativ richtig sind) wird einem manches klar: ein kaufkräftiger deutscher Markt vermag die faserstoffverarbeitende Industrie zu einem überwiegenden Teile im Gange zu halten, eine geschwächte Kaufkraft des deutschen Konsumenten (wobei hier in überwiegendem Maße der Arbeiter, Angestellte, Mittelständler in Frage kommt, weil sie das Gros darstellen) läßt sie stehen.

Für die Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie bringt Kretzschmar andere Ziffern. Bei solch einem hohen Inlandsverbrauch könnte man auf den Gedanken kommen, die niedrige Ausfuhrziffer beweise das Fehlen einer gewissen Güte der deutschen Textilwaren. Nun nahmen aber die europäischen Länder von der Ausfuhr allein 72,4 Prozent auf; nach den Vereinigten Staaten, dem übrigen Amerika, nach Asien, Afrika und Australien ging der Rest von 27,6 Prozent. Nun sind wohl die europäischen Länder, im Vergleich zu den asiatischen, afrikanischen sowie zu Australien immerhin anspruchsvollere Länder gewesen, die in bezug auf Qualität der Waren bestimmte Ansprüche stellten.

II.

Die Lage der Textilindustrie Deutschlands nach dem Kriege ist ein wenig anders geworden. Baran sieht das gefährlichste Wort „Marktkonvergenz“. Die Folgen der gesunkenen Kaufkraft mußten sich, was nach den oben gebrachten Zahlenbeispielen selbstverständlich ist, auf dem Gütermarkt auswirken. Der Gang der Industrie war schleichend, von einigen Perioden unterbrochen, in welcher die Räder der Maschinen sich ein wenig rascher und länger drehten. Da uns für die Nachkriegszeit noch nicht solche runden und einfachen Zahlen, wie sie Kretzschmar im Kriege brachte, fehlen, muß man die Veränderung der Produktions- und Absatzverhältnisse aus anderen Zahlenbeispielen zu erkennen versuchen. So sei deshalb auf die Einfuhr der Rohstoffe vor und nach dem Kriege hingewiesen. 1913 wurden an Baumwolle, Wolle, Jute, Flachs, Hanf, Seide 932 000 Doppelzentner eingeführt. 1923 betrug die Einfuhr etwa 565 000 Doppelzentner, war also fast auf die Hälfte der Vorkriegszeit zurückgegangen. Für den wichtigsten Faserstoff, der Baumwolle, welche im Jahre 1913 52 Prozent des Rohstoffbedarfs der Textilindustrie ausmachte, seien folgende Zahlen angegeben, welche eine große Veränderung im Verbrauch zeigen:

Deutschland verbrauchte	
1913	1,702 Millionen Ballen,
1922	1,083 „
1923	1,014 „
1924	0,972 „

Der Verbrauch ist somit für das letzte angeführte Jahr (1913=100) auf rund 57 Prozent gesunken. Die absteigende Kurve ab 1913 zeigt die innige Verknüpfung der Baumwollindustrie mit dem deutschen Markt, der schwächer und schwächer wurde. Für andere Textilzweige gilt, mit geringen Ausnahmen, so für die Zweige, welche stark exportieren, im wesentlichen das nämliche. Dazu kommt die Tatsache der Entstehung neuer Spinnereien und Webereien und die „Rationalisierung“ alter in Amerika, Asien, Südafrika. Die Produktion an Textilien in der Welt geht im Augenblick über den Bedarf hinaus. Die Produktionskapazität ist also zu groß, ähnlich wie bei Kohle und Eisen; diese Industrien können ebenfalls ihre Produkte nicht mehr unterbringen.

Das Absatzinteresse der deutschen Textilindustrie geht also nach zwei Richtungen hin: Welche Mittel kann sie anwenden, um den deutschen Markt wieder mehr als bisher für sich nutzbar zu machen; und welche Faktoren sind bei der Unterbringung des restlichen Teiles der Produktion (welches ebenfalls unerlässlich ist, falls ein großer Teil des Produktionsapparates nicht leerlaufen soll) auf dem Weltmarkt zu berücksichtigen? Diese Fragen wären in einem weiteren Artikel zu untersuchen.

¹⁾ Vgl. Kretzschmar, Die Textilindustrie sämtlicher Staaten, Entwicklung, Erzeugung, Absatzverhältnisse, Braunschweig 1917, S. 52. Dieses Standardwerk berücksichtigt, wie es nicht anders möglich war, nur die Vorkriegsverhältnisse.

²⁾ Dr. F. Lorenz in der „Konfektion“, Oktober 1925, vgl. jedoch auch B. Arnoldt, Alte und neue Faserstoffe, Berlin 1918.

³⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25.

Wie ich Frankreich wieder fand

Von Fritz Kummer (Fortsetzung) Vom Pariser Leben.

Seit dreizehn Jahren hatte ich Paris nicht mehr gesehen. Es sind dies aber keine gewöhnlichen Jahre gewesen. In dieser Zeit hat die Menschheit Ungeheuerliches erduldet; haben die Völker zu beiden Seiten des Wasgenwaldes in einem blutigen Handgemenge gelegen; hat sich das Verhältnis der Nationen zueinander sehr geändert und ist ein starker Wandel in der Stimmung oder Gemütsart der Menschen vor sich gegangen. Wie aber haben sich in diesen bewegten Jahren Paris und seine Menschen geändert? Ich war mit ihnen immer sehr gut auskommen, habe über Mangel an Gastfreundschaft nie zu klagen gehabt und dort manchen lieben Freund gefunden, der in meiner Handwerksburschenzeit sein Brot und seine Kammer mit mir geteilt hat. Nun sollte ich nach so langer Zeit die gute alte Stadt wiedersehen. Was Wunder, daß ich in gespannter Erwartung dem Ostbahnhof enteilte.

Nachdem ich mein Felleisen einem Hotelmenschen übergeben hatte — nach dem Zimmerpreis zu fragen, hielt ich für einen Hochvalutarier nicht schicklich —, schlenderte ich zu den Boulevards hinunter, um dort das Leben und Treiben für einen Vergleich mit einst zu schauen. Auf den Fußsteigen schoben sich wie ehedem dicke Klumpen Menschheit fröhlich plaudernd hin und her. Die Tisch-

Gemeinsam freut du dich der Tat. Ein zweiter kommt, dich anzuschließen.

* FRAUENTEIL *

Mitwirken will er, mitgehen: Derbeschaft so sich Kraft und Rat.

Ein Fortschritt.

Neuregelung des Schwangerschutzes vor dem Abbruch. Die Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags bezüglich einer Neuregelung des Schwangerschutzes haben durch entsprechende Beschlüsse zunächst ihren Abschluß gefunden. Der Reichstag nahm in seiner Mehrheit in der Plenarsitzung am 30. Juni die Anträge sowie eine Entschließung des Ausschusses an, deren Ergebnis unseren Kolleginnen von besonderem Interesse sein wird.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß sich ab 1. Oktober d. J. die Dauer des Wochengeldbezuges auf zwei weitere Wochen vor der Entbindung erstreckt, wenn die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Irrt sich der Arzt bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung, so hat die Schwangere gleichwohl Anspruch auf das Wochengeld von dem im ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkt bis zur Entbindung.

Das Wochengeld für die Zeit vor der Entbindung wird jeweils sofort, nicht erst mit dem Tage der Entbindung fällig. Somit wird anstatt für vier Wochen vor der Entbindung die Wochenhilfe für sechs Wochen vor der Entbindung allen versicherten Schwangeren gewährt, natürlich nur, wenn die Schwangere dem Erwerb in dieser Zeit fernbleibt und ein ärztliches Zeugnis beibringt. Wir können wohl mit Recht sagen, daß diese Verbesserung ein Erfolg unserer Bemühungen um erhöhten Schwangerschutz ist. Dies bestätigt uns auch ein Artikel der Arbeitgeber, welcher in Nr. 26 ihres Zentralblattes, „Die Deutsche Arbeitgeberzeitung“, zur Veröffentlichung gelangt ist und auf unsere Eingabe besonders Bezug nimmt.

Außer oben erwähnter Neuregelung soll auch die freie Hebammenhilfe eingeführt werden, d. h. unentgeltliche Inanspruchnahme der Hebamme durch die weibliche Versicherte bei Entbindungsfällen. Ferner wird jeder Wöchnerin in einem Entbindungsfalle außer dem Wochengeld und Stillschuld noch eine besondere Beihilfe von 10 Mark in bar gewährt.

Mit der Einführung der freien und unentgeltlichen Hebammenhilfe ist eine jahrzehntelange Forderung der Sozialdemokratischen Partei erfüllt, hoffen wir, daß auch unsere Forderungen vom Reichstag bei der im Herbst stattfindenden Beratung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft anerkannt und somit ein wirksamer Schwangerschutz durch Gesetz verankert wird.

Andere Aufgabe muß es auch in Zukunft sein, weiteres Material zu sammeln, bis wir unser Ziel erreicht haben, darum Kolleginnen, fördert die Bestrebungen unserer Organisation und helft mit, den Schwangeren, erwerbstätigen Frauen und Mädchen der Textilindustrie ein besseres Los zu schaffen!

Recht und Schutz der weiblichen Arbeitnehmer.

Von Paul Krämer, Barmen.

Unsere derzeitigen Wirtschafts- und Produktionsformen sind gespannt in den Rahmen der „göttlich“ kapitalistischen Wirtschaftsordnung; verbunden mit dem zielehenden Zweck der Stillung unbegrenzten Profitsehns. Dies geschieht und soll geschehen auf dem Wege der raubbauartigsten Auspumpung der arbeitenden Menschen,

durch billigen Kauf der Ware Arbeitskraft und ihrer größtmöglichen Ausnutzung. Als unausbleibliche Folge vielfacher Lohnbrut und Arbeitszeitverlängerung. Das sind, groß gesehen, die Triebkräfte, Erscheinungen und Auswirkungen des modernen Milieuerzeugungs- und Verteilungsprozesses. Doch bleiben wir bei der Produktionszelle selbst stehen. Greifen wir aus dem großen Kreis der beschäftigten Arbeitsbielen einen Teil, nämlich die weiblichen Lohnarbeiter heraus.

Seitdem der Arbeiter aus dem alten Rahmen seiner Arbeitsweise gedrängt und in den neuen modernen Produktionsprozess gedrängt zum Herrscher oder Diener der Maschine gestempelt wurde, traten neue Symptome in die Erscheinung. Der geringe Moloch Kapitalismus gebrauchte zur Erhöhung seines Gemins neue Ausbeutungsobjekte. Mit eisernen Polypenarmen griff er gewissenlos Kinder und Frauen auf, um sie in den zwingenden Bann der modernen Industrialisierung zu stellen. Nun hat ein grenzenloses nicht zu beschreibendes Martyrium an, das als Schandblatt des modernen Kapitalismus tief in dessen Annalen unauslöschlich eingegraben ist. Gleich einem stillos und moralisch tiefstehenden Sklaventum steht es so in der beschriebenen Kulturgeschichte da. Dieser Überlast an inneren Kern der Völker, an den Kindern und Frauen, fand in allen werdenden Industrieländern statt. Erst spät, erst als der Raubbau am Volksgut zu traffe Formen annahm, daß die Gegenwart auf Kosten der Zukunft zu leben drohte, griffen die jeweiligen Hüter staatlicher Ordnungen ein. Stellten gesetzliche Schranken auf, um so helfend zu verhüten, daß die menschlichen sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft sich nicht noch verschlechterten. So bildete sich gemacht, ganz langsam ein Arbeiterschutzes heraus.

Die ersten Ansätze hierzu sind zugleich die Anfänge für das Sonderrecht der Lohnarbeiter, also das Arbeiterschutzes. Das Arbeiterschutzes selbst legt dem einzelnen Arbeitgeber öffentliche-rechtliche Pflichten durch den Staat auf Grund des eingegangenen Arbeitsverhältnisses mit einem Arbeitnehmer. Mit dem Inhalt, einmal die Pflichten während der Betriebsstätigkeit in einer bestimmt gearteten Fürsorge, hinsichtlich der Beschäftigung einzelner Personen, nach Alter sowohl wie nach Geschlecht, das andere Mal den Verbrauch der Kräfte, Schädigung der Gesundheit und Gefährlichkeit der einzelnen Arbeitsprozesse zu beachten. Um damit den Arbeiterstand geistig, körperlich und wirtschaftlich gleich stark zu erhalten. Die Durchführung des Arbeiterschutzes soll durch die Gewerbeaufsichtsbehörden gewährleistet, durch Strafe und Zwang gesichert sein.

Neben diesem staatlichen steht noch der berufsgenossenschaftliche Arbeiterschutzes. Die Organe der Berufsgenossenschaften sind die geschaffenen Zwangsverbände von Unternehmern gleicharteter Betriebe. Sie geben Anordnungen heraus, um Unfälle auf das Minimum zu beschränken. Diese Unfallverhütungsvorschriften unterbreiten ebenso der Ueberwachung durch eigene technische Aufsichtsmänner die der Sicherung durch Strafen, bleiben aber nur auf den Betriebsschutz beschränkt.

Zeitlich geht Preußen den übrigen deutschen Einzelstaaten voran, durch Schaffung des „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ vom Jahre 1839. Nach dreißig Jahren übernahm die Gewerbeordnung in etwas erweiterter Form die bisherigen, weiter auch die in den einzelnen Ländern geltenden Vorschriften und Bestimmungen. Bis die Gewerbeordnung vom Jahre 1878 neben der Erweiterung des bisherigen endlich die ersten Ansätze eines Frauenschutzes brachte. Im Jahre 1891 unterwarf man den Titel VII der Gewerbeordnung einer umfassenden Ueberarbeitung, die unter der Bezeichnung Arbeiterschutzes bekannt geworden ist. Wobei dem Frauenschutzes eine breitere Ausgestaltung zuteil wurde. Die durch Beschlüsse der internationalen staatlichen Konferenz in Bern (Berner Konvention) wiederum an Ausdehnung gewann; niedergelegt in der Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1908. Indessen brachte die Nachkriegszeit nur unwesentliche Veränderungen und Erweiterungen der gesetzlichen Bestimmungen. Zum Teil ist sogar eine Rückentwicklung eingetreten. Damit ist der geschichtliche Werdegang des Frauenschutzes in knappen Worten in seinen wesentlichen Abschnitten gezeichnet. (Fortsetzung folgt.)

reihen vor den Kaffeehäusern wiesen an dem milden Sommermittag fast keine Lücke auf. Auffallend viel englische Leute. Der Wagenverkehr war viel dichter. Da die Kraftfahrzeuge sehr billig — etwa fünf bis zehnmal billiger als bei uns — sind, können sich auch die kleinen Leute eine Fahrt gestatten. In unendlichen Reihen schienen die Automobile mehrere nebeneinander hin und her. Zwischen den Kraftwagen quirlen auch Handkarrenschieber, Radfahrer und Pferdewägelchen herum. Aber es geht alles einträchtiglich zu. Und wenn es einmal ein Anekdote gibt, ist man mit ein paar freundlichen Worten schnell wieder voneinander. In den Straßenkreuzungen wird man freilich der Verkehr zuweilen sehr dickflüssig und oft steht er ganz still, um die Querstraße durchzulassen. Mit dieser sehen auch die Fußgänger über den Fahrdamm.

Der Eintrachtspfad. Einen Mittelpunkt von solcher Pracht und geschichtlicher Erinnerung hat keine Stadt der Welt aufzuweisen. Links, jenseits der Seine, das Abgeordnetenhhaus, rechts das Marineministerium, im Rücken die Tuilerien und vorn, langsam aufsteigend, die prächtigen Champs Elysees mit dem Triumphbogen und dem Grab des unbekanntem Soldaten am Ende. Zu beiden Seiten der Champs Elysees Banken, Kaffeehäuser, Hotels und Klisternepien mit englischen Inschriften und amerikanischen Fahnen. Dies beweist, daß die hohen Verbänden die Treue bis über den Krieg hinaus bewahren. Wovon die Franzosen, wie ich hundertfach hören konnte, alles andere als entzückt sind. Am Ende des unbekanntem Soldaten kamen und gingen ständig Besucher. Sie näherten sich mit entsetztem Haupt und blieben einige Augenblicke, wie in Andacht versunken, stehen. Am oberen Ende der Grabesplatte schwellt die ewige Flamme.

Am Ende der Stadt begannen die Lichter aufzuladern. Es war somit Zeit, die äußeren Boulevards aufzusuchen, wo sich die weltbekanntesten Vergnügungstätten befinden. Mit einem Omnibus legte ich die stundenlange Straße für 40 Centimes oder etwas über fünf Pfennig zurück. Eine mehrstündige Umschau ließ mich sagen, daß das Nachtleben viel von seiner einstigen Eleganz und Lebendigkeit verloren hat. Das gilt für das Leben auf den Straßen wie für das in den Vergnügungstätten. In der weltbekanntesten Moulin Rouge (Rote Mühle) glaubt man auf einem Dienstmädchenball zu sein, dessen Schönheit jetzt allerdings durch schwarze, braune und gelbe Jungfrauen gehoben wird, was früher nicht der Fall war. Freilich, auch sie vermögen die verweichlichte Heiterkeit nicht zu bringen.

Als das Ende dieses studienreichen Tages nahe herangekommen war, legte ich mich in eins der kleinen Kaffeehäuser auf den äußeren Boulevards, um mit Eingeborenen den Wandel ins Trübfelste zu beobachten. Die einen nannten das Demokratisierung, die anderen Proletarisierung. Krieg und Inflation hätten den Schichten, die früher dem Nachtleben das Gepräge gaben, die Lust und die Geldmittel zum Kommen genommen, die fortschreitende Entwertung des Frankens nehme den Mittelschichten noch den letzten Rest von Religion zu sich nächstlicher Kurzweil. An ihre Stelle sei die Jugend getreten, die in der Kriegszeit in die Industrie gezogen wurde, hier Unabhängigkeit sich angewöhnt und der die Schanzfrankenscheine leichter durch die Hände glitten, als den Alten die Soustüde. Diese Jugend wolle das nachholen, was sie im Kriege entbehrt habe. Folgen des Krieges und der Inflation!

Von dem Pariser Nachtleben wird in allen Ländern lang und breit erzählt. Es war und ist viel Übertreibung dabei. Berlin hat heute bestimmt mehr davon. Bei zahlreichen Ausländern beschränkt sich die ganze Kenntnis vom französischen Leben auf das, was sie zu nächstlicher Stunde auf den Pariser Boulevards gesehen und erlebt haben. Das übertragen sie in ihrer Einseitigkeit aufs ganze Land. Daher kommen sehr schiefe Urteile über die französischen Sitten und Frauen. So konnte vielfach die irrtümliche Annahme entstehen, in Paris oder ganz Frankreich seien die Frauen so ziemlich alle vergnügungssüchtig und geizig. Nichts törichter als das, besonders wenn die Arbeiterfrauen in Frage stehen. In Arbeitshäusern und ehelicher Treue nimmt es die französische Frau mit jeder anderen auf. In dem Heim meiner Arbeitskollegen konnte ich nicht genug staunen über den häuslichen Fleiß, den ihre Frauen, meist nach einem langen Arbeitstag in der Fabrik, noch sehen ließen. Eine Lebensgefährtin und Mutter von solcher Aufopferungsfähigkeit ist so leicht nicht zu finden.

Löhne und Lebenshaltung.

Die Inflation ist zurzeit die große öffentliche Frage Frankreichs, aber daß man sie mit dem gebührenden Ernst behandelte, läßt sich nicht gerade behaupten. Vielfach verhält man sich der Inflation gegenüber etwa so, wie wir uns in Deutschland Anfang 1922 der überhöhten Inflation gegenüber verhielten. Man wird sich vielleicht noch erinnern, daß wir uns halb frant lachten, wenn die guten Wiener mit einer Handtasche voll Papierseine auf unsere Kongresse kamen, und wir renkten uns fast den Kopf beim Schütteln aus, weil so eine Marrelei überhaupt möglich war. Ein gutes Jahr später wer Sachen und Kopfschütteln noch mehr am Plage, aber auf der anderen Seite. Nun kann man getrost zugeben, daß die Geldentwertung in Frankreich niemals so wahnsinnig weit gehen kann wie in Deutschland, schon weil es nicht dermaßen auf den Weltmarkt angezogen ist und vielmehr von seinem Bedarf, vor allem einmal die Nahrungsmittel aus eigenem Lande kann.

Indessen, die Geldentwertung schreitet fort, wenn auch langsam, und langsam steigen die Preise, noch langsamer aber die Löhne. Vielfach ist freilich nur eine geringe Preissteigerung wahrzunehmen, so bei Kraftwagenfahrten, Bahnbeförderung, Zeitungen, Büchern, Anwesenheiten und anderen Dingen mehr. Und eine Betrachtung der Preislisten in den Schaufenstern läßt einem sagen, daß nahezu alle Waren um ein Drittel, wenn nicht noch billiger sind als in Deutschland.

Wie dem nun auch sei, der amtliche Pariser Index erklärt, daß von 1914 bis zum Juni 1926 die Lebenshaltung um 522 Proz. teurer geworden ist. Nach einer anderen wohl begründeten Rechnung müßte die amtliche Reizzahl für Juni sogar 601 lauten. Welche von den beiden Reizzahlen auch die richtige sein mag, man wird nicht weit von der Wirklichkeit entfernt sein, wenn man annimmt, daß sich seit 1914 der Lebensunterhalt 5-mal verteuert hat. Die Frage ist nun, wie sich durch die Inflation, durch diese Verteuerung die Lage der Arbeiterschaft gestaltet. Wenn sie sich noch der gleichen Lebenshaltung erfreuen will, kann muß sich zum mindesten ihr Einkommen 5-mal gehoben haben. Dies scheint jedoch, wie ein Vergleich verschiedener Lohnsätze von einst und jetzt ergibt, nicht der Fall oder doch nur in vereinzelt Fällen. Dies sei an einem Beispiel dargestellt: Ich verdiente vor dem Kriege als Werkzeugmacher in Paris 5,10 Fr. den Tag, folglich müßte heute in Anbetracht der Verteuerung der Werkzeugmacher (5 1/2 x 5,10 =) 44,55 Fr. verdienen. Der Verteuerungstag von 5,10 Fr. hat noch für manchen anderen Beruf gegolten. Sie alle müßten heute 44,55 Fr. haben. Wären die Preise um diesem Tagessatz verhältnißmäßig sind in Paris ziemlich dünn gefüt. Die Preissteigerung der Arbeiter ist schwächer als in der Hauptstadt. Im Juli 1926 sind 24 bis 32 Fr. den Tag. Damit bleibt die Lohnsteigerung erheblich hinter der Preissteigerung zurück.

Lebenshaltung wurde mir oft immer gesagt, der französische Arbeiter fröhe sich heute besser als vor dem Kriege. Auf den Einwand, daß dieser Behauptung der Lohnvergleich widerspreche, wurde, um es prägnanter zu wiederholen, erklärt, die Stundenlöhne erhöhen sich durch Entlohnung und verschiedene Zuschläge etwas, so durch den Krankheitszuschlag, der 3 und mehr Frank den Tag ausmache. Selbstverständlich ist bei dem Vergleich der Lebenshaltung von sich und jetzt noch verschiedene Umstände zu berücksichtigen. So gehen heute mehr als früher die Kinder und Frauen zum Brot verdienen aus. Dann erziehe sich der Arbeiter dank der beispiellosen Geschwindigkeit der technischen Fortschritte, so daß es kaum einen Lohnverlust gebe. Und schließlich werde jetzt viel weniger Geld in Alkohol umgewandelt, als früher, der dem Arbeiterstand zu verdanken sei. Die Arbeiter seien jetzt eine, zwei, ja sogar drei Stunden eher daheim, welche Freizeit zur häuslichen Gemütsmachung verwendet werde, was ebenfalls zur Besserung der proletarischen Wohlfahrt beitrage.

Berichte aus Fachreisen.

Brandenburg a. S. Mittwoch, den 30. Juni, fand im Volkshaus ein Frauenabend für unsere Mitglieder statt, welcher wiederum gut besucht war. Der Vortrag der Kollegin Ritsche (Berlin), hat hier recht befruchtend gewirkt. Die Arbeitsfreudigkeit für die Organisation ist außerordentlich gestiegen. Bedauerlich ist nur, daß die Arbeiterinnen der Postamentenbranche immer noch als etwas besseres gelten wollen, weil in ihren Betrieben saubere Arbeit gemacht wird und demzufolge auch bessere Kleidung getragen werden kann als in der Zuteilspinnerei. Die Entlohnung und Behandlung ist aber auch nicht besser als in den anderen Betrieben. Man bildet sich aber etwas besseres ein. In der Versammlung berichtete unsere Kollegin Rasche recht ausführlich über die „Gesofet-Ausstellung“ in Düsseldorf, welche sie anlässlich der Beiratsführung besucht hat. Die Arbeit der Gewerkschaften konnte da gründlich studiert werden, wie zum Segen und Vorteil noch außerhalb der Lohnbewegungen gearbeitet wird. In dem Kampf für Arbeiterinnensich befindet sich der Deutsche Textilarbeiter-Verband an erster Stelle. Kollege Drecher ergänzte die Ausführungen der Kollegin Ritsche und wünschte, daß alle Textilarbeiterinnen mehr ihren Gesichtskreis erweitern könnten und schlug zu diesem Zweck vor, in nächster Zeit einmal Ausstellungen und Museen in Berlin gemeinsam zu besuchen, was von den Anwesenden sofort Zustimmung fand. Die Funktionäre werden das Weitere in den Betrieben veranlassen, selbstverständlich nur für Organisierte kommen unsere Veranstaltungen in Betracht. Am 21. Juli findet der nächste Frauenabend im Volkshause statt. In der Mitgliederversammlung im Monat August wird Herr Dr. Böhmert als Arzt über Lungentuberkulose und Frauenkrankheiten sprechen.

Falkenstein. Pleite. Die Baumwollglattweberlei Gebr. Hoppe u. Co. in Falkenstein hat sich übergeben. Der Konkurs ist angelegt. Wie wir hören, ist ein Teil Arbeiter tief betrübt, daß sie jetzt auf einmal nicht mehr Kassenverdienste von 6, 4 und 2,50 Mark wöchentlich bei voller Beschäftigung einheimen sollen. Der Zeitgenosse, der dies liest, wird die Arme über den Kopf zusammenschlagen und fragen, ob denn so etwas möglich gewesen sei. Ihm wird die Antwort zuteil: Ja, in Falkenstein ist es möglich, daß sich für solche Löhne noch Arbeiter finden. Man sucht vielleicht in ganz Sachsen umsonst, um einen solchen Betrieb wiederzufinden, in dem Löhne gezahlt werden, die niederschreiben sich tatsächlich die Feder kräutet. Selbstverständlich sind die Firmeneinhaber führende Persönlichkeiten in nationalen Verbänden gewesen und sind es vielleicht heute noch. Wir registrieren: ein Musterbetrieb der sogenannten vielgepriesenen Volksgemeinschaft, einer gedachten Volksgemeinschaft, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ergötzlicher Harmonie ein Herz und eine Seele sind, mit dem kleinen Unterschied, daß der Arbeitnehmer dabei ruhig verhungern könnte und alle Harmonie in demselben Augenblick zum Teufel geht, wenn der Arbeiter sich erdreist zu sagen, daß er mit solch einem Verdienst unmöglich auskommen könne. Allerdings, die Sache war doch etwas zu bunt, und so schlimm dürfte es nicht getrieben werden mit den Löhnen, meinen selbst Bestimmungen genossen der Firmeneinhaber, und es sei doch mit solchen Firmen tatsächlich kein Staat zu machen. — Nun, die Arbeiter, die durch diesen Konkurs arbeitslos werden, haben nichts verloren, und wenn sie an dem Betriebe vorbeigehen, ist ihnen, als grünte die Erbärmlichkeit menschlichen Elends und Jammers in seiner ganzen Größe aus allen Fensternischen. Und ein Licht geht auf in den Köpfen, und den Lippen entringt sich ein Fluch.

Guben. Ein tapferer Kollege und Kämpfer, ein tüchtiger, aufrechter Mensch ist von uns gegangen. Am 1. Juli ist mitten im Kreise seiner Arbeitskollegen unser Kollege Traugott Heintze von einem Gehirnschlag betroffen worden und nach wenigen Stunden im Witke-Stift verstorben. Traugott Heintze war 56 Jahr alt und Mitglied unserer Organisation seit 1902. In voller Hingebung hat er noch bis zum letzten Augenblick als rühriger Kollege in unseren Reihen gestanden. Neben ihm sind es nur wenige, die in Zeiten, als es schwer war, Mitglieder für unsere Organisation zu werben, treppauf und treppab gegangen sind und nie ermüdeten. Er hat für seine Arbeiter keinen Dank gefordert. Noch im letzten Winter half er unsere, von Kommunisten geschlagene, Organisation wieder mit aufzubauen. Als Vorstandsmittglied und Kassenrevisor hat er sein Amt immer gründlich geführt. Wovon er nicht voll überzeugt war, hat er keine Zugeständnisse gemacht. Traugott Heintze war kein Mann, der sich wie ein Rohr im Winde der Ereignisse hin- und herwerfen ließ, er wurde nicht von Meinungen regiert, sondern die Ueberzeugung war seine Stärke. Oft hat er für sein Wirken leiden müssen, selbst die Arbeitslosigkeit konnte an der Kampfnatur nichts verderben. Nieher kämpfend sterben als tatenlos dahingewegerten, das war seine Lösung. Was wir unsern braven Kollegen so von Herzen gönnten, ihn zu unserm 35. Bestehen mit als Jubilar beglückwünschen zu können, ist leider durch den frühen Tod nicht mehr möglich. Die Kollegen aber werden an seinem bescheidenen Grabhügel nicht vergessen, daß hier ein Herz beckt, ist welches bis zur letzten Stunde für die Befreiung der Menschheit geschlagen hat. Mit einem „Gute Dank“ werden wir unsern Kollegen im Andenken ehren. Ortsverwaltung Guben.

Hamburg. Unsere Filiale hielt am Dienstag, den 15. Juni 1926 eine Mitgliederversammlung ab. Der Besuch hätte weit besser sein können. Der Betriebsratssekretär Genosse Langante hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über den Volkseinsatz. An Hand eines sehr reichhaltigen Tatsachenmaterials führte derselbe den Anwesenden die Zustände unter der früheren Fürstentherrschaft vor Augen, um den großen Fortschritt durch die Weimarer Verfassung recht deutlich zu veranschaulichen.

Der Referent fordert zum Schluß noch alle Anwesenden zu kräftiger Mitwirkung am Abstimmungstag auf. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Wichmann und Frauböse.

Anschließend daran wurde die auf der Tagesordnung stehende Erziehung eines Mitgliedes zur erweiterten Ortsverwaltung bis auf weiteres vertagt und die Versammlung darauf geschlossen.

Hannover. Geradezu skandalöse Zustände bestehen in der hannoverschen Baumwollspinnerei, unter welchen die Arbeiterchaft zu leiden hat. Von der ehemals 800 Personen starken Belegschaft ist mehr als ein Viertel entlassen worden, während der Rest durchschnittlich 32 bis 36 Stunden arbeitet. Diese Arbeitszeit wird aber nicht im Achtstundentag vollbracht, sondern es wird 9 1/2 Stunden gearbeitet und zwar entgegen dem Widerspruch der Arbeiterchaft. Die einzelnen Arbeitstage werden von der Direktion willkürlich festgelegt. Merkt am Abend die Direktion, daß die Arbeit zu Ende geht, so kommt sofort ein Aushang, daß morgen und übermorgen der Betrieb nicht und am kommenden Tag kann die Belegschaft ihren Lohn um 3 Uhr nachmittags in Empfang nehmen. Betriebsrat und Betriebsrätegesetz kümmert die Direktion nicht. Bei Beschwerden des Betriebsrates gibt es die kurze Antwort: „Wir kennen im Betrieb nur Arbeiter sonst nichts, in Bayern sind die Betriebsräte schon abgeschafft und wir schaffen sie auch ab“. Der Kampf des Betriebsrates mit der Direktion geht seit Jahr und Tag, und eine Wendung der Verhältnisse ist nicht abzusehen.

Im weiteren werden der Arbeiterchaft die Akkorde nicht nur wünschenswert, sondern man kann sagen täglich nach Lust und Laune der Direktion gefürzt, so daß der Akkorddlohn oftmals den Zeitlohn unter-schreitet. Reklamanten werden einfach für unbrauchbar oder minderwertig erklärt, wenn nicht entlassen, so wird doch damit gedroht. Freilich ganz schuldlos ist die Arbeiterchaft an diesen Verhältnissen nicht. Die ältesten und gewandtesten Arbeiter und Arbeiterinnen werden fortgesetzt oder entlassen. Trotzdem der Betrieb einen Arbeiterstamm besitzt, welcher über ein Menschenalter seine Pflicht getan hat, taugen sie nach dem Herrn keinen Pfifferling und sollen durch fremde Kräfte ersetzt werden. Die Arbeitsämter Hof, Bagreuth, Rulmbach usw. sollen dem Herrn die Spinner, Droßlerinnen und

Feierinnen in die Arme treiben, um sie dann als willenslose Objekte behandeln zu können. Wir möchten auf Grund der geschilderten Verhältnisse unsere Kollegen warnen, in der Baumwollspinnerei Hannover Arbeit anzunehmen. Schon viele sind in Hannover auf diese Weise in die schlimmsten Verhältnisse geraten. Die kurze Arbeitszeit bietet für Fremde keine Lebensmöglichkeit. Die Wohnungsverhältnisse sind die denkbar schlechtesten. Die Stadt Hannover zählt zurzeit 27 000 Arbeitslose darunter mindestens 350 Spinnerel-f-a-r-b-e-i-t-e-r und Arbeiterinnen, welche bei geordneten Betriebsverhältnissen dem Werk zur Verfügung stehen würden. Also, Kolleginnen, Kollegen, meldet Hannover.

Mit dieser Aufzeichnung der Verhältnisse des Betriebes mag es heute genügen. Wer sich für besondere Einzelheiten des Betriebes interessiert, kann sie von der Geschäftsstelle unseres Verbandes erfahren. Wir möchten es auch nicht unterlassen, der Belegschaft des Betriebes zuzurufen, daß nur eine reifliche Organisation Herr dieser Uebelstände werden kann.

Literatur.

Caligula.

Im Jahre 1894 erschien von dem Historiker L. Quidde eine Schrift: „Caligula“, die das größte Aufsehen erregte und in kurzer Zeit 30 Auflagen erlebte. Die Erklärung für den Grad der Aufmerksamkeit, den diese Schrift auf sich zog, lag darin, daß man allerorts hinter der Schilderung des Caligula den jungen Kaiser Wilhelm vermutete. Caligula (Stiefsohn) war ein römischer Kaiser, der auf Tiberius folgte und sich berüchtigt machte durch seine Sprunghaftigkeit, seine Tücke, seine Liebe zum Pomp, seine Grausamkeit, seine Neigung zum Mißbrauch der Gewalt, seine Beeinflussbarkeit durch unreife Ideen. Die Römer hatten es ihm sehr verübelt, daß er den bewährten alten Minister Macro bald nach seinem Regierungsantritt in Ungnade entlassen hatte, ähnlich wie Bismarck von dem jungen Kaiser weggeschickt worden war. Die Brunt- und Ver-schwörungsgeschichte Caligulas betätigte sich auf den verschiedensten Gebieten, bei Festen, Mahlfesten, in Kleidung und Wohnung, im Bau von Yachten und ähnlichem. Ein wahrer Heißhunger nach militärischen Triumpfen beherrschte ihn, in spielerischem Manöver mit theatralischem Schein befreite er diesen Heißhunger. Caligula setzte sich den phantastischen Gedanken in den Kopf, das Weltmeer zu bezwingen. Groß dachte er von seiner Verehrbarkeit; Nebensarten von ihm waren: „Einer sei Herrscher, einer nur König“ und: „Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten!“ Hatte nicht Wilhelm in das Münchener Goldene Buch geschrieben: „Der Wille des Könige sei oberstes Gesetz?“ Hatte er nicht gebroht, „jeden zu erschmettern, der sich ihm in den Weg stellte“? Man hielt in der Öffentlichkeit gespannt den Atem an, ob es zu einer Ver-solgung Quiddes wegen Majestätsbeleidigung mit der Aussicht auf fünf Jahre Gefängnis kommen werde. Der Staatsanwalt verzichtete auf die gerichtliche Abhandlung der Quiddeschen Tat. Er wird es wohl deshalb getan haben, weil es für ihn eine unbankbare Aufgabe gewesen wäre, nachzuweisen, daß der Bergleisch zwischen Wilhelm und Caligula, den Quidde bestritt, zutrefte, daß also Wilhelm wirklich so brutal, komödiantenhaft, prunksüchtig, unreif sei, wie es Caligula gewesen war. In dessen wurde Quidde unter scharfer Aussicht genommen, und im Anschluß an einige unbedachte Worte in einer Volksversammlung einige Jahre später, erhielt er doch noch seine Beurteilung wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis.

Quidde hat seinen Caligula erneut herausgegeben: Caligula, eine Studie über den römischen Cäsaren. (Ergänzt durch Erinnerungen des Verfassers. Im Kampf gegen Cäsarismus und Byzantinismus. Henjel u. Co., Verlag Berlin-Friedenau. Zu beziehen durch die Textil-Praxis Verlags G. m. b. H., Preis 1,50 Mf.)

Der „Caligula“ selbst umfaßt nur etwa 21 Druckseiten. Der übrige Teil des Buches, etwa 40 Seiten, wird von Erinnerungen des Verfassers ausgefüllt. Sie sind zum Teil recht interessant zu lesen. Der „Caligula“ gemahnt an die Zeit des deutschen Byzantinismus, in der es ein gewaltiges Ereignis war, ein paar solcher Seiten zu schreiben, die an sich nicht weltbewegend waren und im Grunde das Ausmaß einer gewissen Harmlosigkeit nicht überschritten hatten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 18. Juli, ist der Beitrag für die 29. Woche fällig

Ortsverwaltungen.	Totenliste.
Achtung! Die Stoffdrucker Krefelds stehen seit mehreren Monaten in schwierige Lohndifferenzen mit den Arbeitgebern. Es wird deshalb dringend gebeten, Zugang von auswärtig fern zu halten. Lebt Solidarität, damit die Drucker Krefelds in ihrer Geschlossenheit in diesem Kampfe nicht unterliegen. Mit bestem Gruß Die Ortsverwaltung Krefeld.	Gestorbene Mitglieder. Bauken, Hermann Schierneck. Berlin, Hermann Behmann, Max Hinrich. Cottbus, Wilhelm Schulze. Crimmitschau, Louis Bieweg, Bertrud Dietrich, Otto Schmieder, Oswald Schröder, Reinhard Meißner, Elifabeh Lange, Hedwig Rah, Louis Bachmann, Hedwig Jannack, Moritz W. C. l., Tina Lummer, Emil Becker, Paul Trautmann. Gera, Konrad Walter, Ernst Geinich, Hermann Görke, Heinrich Müller, Hermann Krahner. Hamburg-Schiffbeck, Hanna Ro- sengreen. Leisnig, Hermann Haupt, Luchmacher, Max Graupe, Appreturarbeiter. Thalheim i. Erzgeb., Auguste Brunner. Ehre ihrem Andenken!
Adressenänderungen. Gau Sülzquart, Wangen- Allgäu, V. Josef Mahle, Wangen- Allgäu, Festpl. 1. Gau Dresden, Grimma, K. Erich Thomas, Grimma, Lange- straße 28. Gau Liegnitz, Bunzlau, K. Gustav Burzel, Burglehnerstr. 13a. Waldenburg ist zu strei- chen, da mit Landeshut ver- schmolzen.	

Das berühmte Werk von Wilhelm Bölsche, Entwicklungs-geschichte der Natur.

Zwei große Bände mit zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck und mit ca. 1000 Abbildungen im Text. Statt 20,— nur Mf. 13,—.

Darf in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Wir gewähren auf Wunsch Teilzahlungen bei Bestellungen im Betrag von Mf. 10,— aufwärts. Bei Empfang ein Drittel, das zweite Drittel nach 4 Wochen, der Rest nach weiteren 4 Wochen. Wir verweisen nochmals auf die beschränkte Anzahl der zur Verfügung stehenden Bände und empfehlen baldige Bestellung.

Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H.
Abt.: Buchhandlung. Berlin D. 84, Memeler Straße 8/9.

Verlag: Karl Gutsch in Berlin, Memeler Str. 8/9. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dreier in Berlin. — Druck: Vornhans Buchdruckerei und Verlagsanstalt Karl Singer u. Co. in Berlin.